

Der Ausblick vom Gipfel – Gleneagles G8 ein Jahr später

9. Juni 2006

Einführung

Am 31. März 2006 verkündete der Präsident von Sambia, Levy Mwanawasa, dass die grundlegende medizinische Versorgung von diesem Tag an für jeden frei sei. Das wurde zum Teil durch das Geld ermöglicht, welches durch den Erlass von Sambias \$5 Milliarden Schulden an den Internationalen Währungsfonds (IWF) gespart wurde. Der Besuch einer Klinik, um grundlegende Arzneimittel zu erhalten, der bis dahin das Privileg einiger weniger war, wurde nun zum Recht für alle.

Ein Jahr ist seit dem G8-Gipfel in Gleneagles im Juli 2005 vergangen. Eine Million HIV-infizierte Menschen in armen Ländern haben seit Ende 2005 Zugang zu Behandlungen. In Burundi hat es die Abschaffung der Schulgebühren im Jahre 2005 ermöglicht, dass 300 000 Kinder zur Schule gehen. Allerdings sind trotz dieser Fortschritte im selben Jahr 500 000 Frauen entweder während der Schwangerschaft oder bei der Entbindung und 11 Millionen Kinder aufgrund von Armut, Konflikten und Krankheiten gestorben. Das entspricht einer Frau jede Minute, einem Kind alle drei Sekunden.

Ein Jahr ist vergangen, seitdem sich 36 Millionen Menschen in über 70 Ländern unter der Weltweiten Aktion gegen Armut vereinigten und verlangten, dass die Staats- und Regierungschefs der Welt handeln und - in den Worten Nelson Mandelas ausgedrückt - die Ungerechtigkeit der globalen Armut überwinden. In Großbritannien marschierten eine Viertel Million Menschen durch Edinburgh und verlangten, dass die G8 Maßnahmen ergreifen, und weltweit verfolgten 2 Milliarden Menschen die Live 8-Konzerte. Sie forderten die Staats- und Regierungschefs auf, sich für Schuldenerlass, mehr und bessere Entwicklungshilfe und Fairen Handel einzusetzen. Sie setzten ein neues Ziel für diese Generation - Armut soll der Vergangenheit angehören.

Ein Jahr ist vergangen, seitdem die G8 Staats- und Regierungschefs darauf reagierten und zustimmten, den 40 ärmsten Ländern die Schulden zu erlassen, die diese der Weltbank, dem IWF und dem Afrikanischen Entwicklungsfonds schulden. Außerdem versprachen sie, bis 2010 die Hilfe für arme Länder um \$50 Milliarden aufzustocken,

die Hälfte davon für Afrika. Auch sicherten sie eine Erhöhung der humanitären Hilfe und Unterstützung in der Friedenssicherung und Rüstungskontrolle zu und riefen zu einem Welthandelsabkommen auf, das arme Länder begünstigt. Schließlich stimmten sie überein, das Problem der Klimawandels anzugehen. Obwohl diese Versprechen weit hinter dem zurückblieben, was gefordert wurde und nötig wäre, um Armut zu beenden, repräsentieren sie dennoch beachtliche Verpflichtungen, die, wenn sie realisiert werden, das Leben von Millionen Menschen verändern würden.

An diesem Wochenende treffen sich die G8-Finanzminister in Russland. Dieses Zusammentreffen ist entscheidend, weil die finanziellen Verpflichtungen vereinbart werden, die auf dem darauf folgenden G8-Gipfel in St Petersburg im Juli bekannt gegeben werden. Es waren die G8 Finanzminister, die vor genau einem Jahr in angespannten Verhandlungen in London das Abkommen über den Schuldenerlass aushandelten. Auf dem Verhandlungstisch an diesem Wochenende liegen eine Überprüfung des Fortschritts seit dem letzten Jahr und insbesondere die Notwendigkeit, eine weitere Finanzierung von Gesundheit und Bildung in armen Ländern zu mobilisieren. Jährlich sind \$10 Milliarden erforderlich, um jedes Kind zur Schule zu schicken¹, und \$27 Milliarden um grundlegende medizinische Versorgung für alle zu gewährleisten².

Vor einem Jahr gaben die Staats- und Regierungschefs der G8 maßgebliche Versprechen, die das Leben von Millionen Menschen, die in Armut leben, beeinflussen könnten. Natürlich sollte man innerhalb eines Jahr keine Wunder erwarten, aber einen beachtlichen Fortschritt sehr wohl. Da der russische G8 Gipfel naht, soll dieses Dokument den Fortschritt (oder dessen Ausbleiben) untersuchen, der seit dem G8-Gipfel in Gleneagles in den Bereichen Verschuldung, Entwicklungshilfe, Konflikt, Handel und Klimawandel stattfand.

Schuldenerlass wirkt sich bereits aus

Am 6. Januar 2006 erließ der IWF 19 der weltweit ärmsten Länder ihre Schulden. Dies wird das Leben von Millionen Menschen verändern. In Ghana wird das gesparte Geld für grundlegende Infrastruktur, einschließlich ländlicher Zubringerstrassen, sowie erhöhte Ausgaben für Bildung und Gesundheit genutzt. In Tansania verwendet die Regierung das gesparte Geld, um lebenswichtige Nahrungsmittel für die von der Dürre Betroffenen zu importieren.³ Über ganz Afrika erlaubt der Schuldenerlass, dass Millionen Dollar zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden, anstatt dass Schuldendienst an reiche Länder geleistet wird.

Die Streichung der Schulden durch den IWF ist der erste Teil einer 2005 von den G8 getroffenen Vereinbarung, die Schulden von bis zu 40 der ärmsten Länder der Welt bei der Weltbank, dem IWF und dem Afrikanischen Entwicklungsfonds zu erlassen. Das Abkommen kennzeichnete einen ernstzunehmenden Schritt nach vorn, da es die Schuldenlast der ärmsten Länder aufhob und zum ersten Mal überhaupt zugestand, dass viele arme Länder 100% ihrer Schulden erlassen bekommen müssten, wenn sie den Kampf gegen die Armut gewinnen sollen.

Sambia – Die Früchte des Schuldenerlasses ernten

Durch den Schuldenerlass für Sambia sinken die Schulden des Landes von \$7 Milliarden auf \$500 Millionen und lebenswichtige Ressourcen werden für die Verringerung der Armut verfügbar. Sambia hat gerade den neuen Haushalt für 2006 veröffentlicht, und die Budgets für Gesundheit und Bildung haben sich beträchtlich erhöht. Außerdem wurden die Gebühren für grundlegende Gesundheitsversorgung abgeschafft. Zusätzliche Ausgaben im Bildungsbereich umfassen Mittel, um mehr als 4 500 Lehrer einzustellen und Schulen in ländlichen und städtischen Gebieten zu errichten oder zu sanieren. Weitere Mittel fließen in Kontroll- und Behandlungsprogramme gegen HIV/AIDS, medizinische Grundversorgung, Einstellung von medizinischem Personal und den Kauf von medizinischer Ausrüstung und Medikamenten.

Um zu zeigen wie sie den besten Nutzen aus dem Schuldenerlass und der Hilfe ziehen, haben die afrikanischen Regierungen konkrete Pläne zur Armutsbekämpfung und klar definierte Verfahren entwickelt, wie mit dem gesparten Geld den Armen geholfen und eine Vergeudung durch Korruption verhindert werden kann. In Malawi, zum Beispiel, fährt der Präsident Bingu wa Mutharika einen harten Kurs gegen Korruption. Der frühere Bildungsminister sitzt gerade eine Haftstrafe für veruntreute Regierungsgelder ab; andere führende Politiker sehen Anklagen entgegen. In Mauretanien, wo es 2004 zu einem Putsch kam, wurde der Schuldenerlass aufgeschoben und von einem guten Finanzmanagement der neuen Regierung abhängig gemacht. In Nigeria hat der fähige Finanzminister Ngozi Ogonzi-Iweala einen Fonds zur Armutsbekämpfung eingerichtet, um die Erträge des Schuldenerlasses effizient einzusetzen; gezielte Ausgaben finanzieren die Ausbildung tausender neuer Lehrer. In vielen Ländern kontrollieren Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Gewerkschaften ihre Regierungen und verlangen, dass das erhaltene Geld auf transparente Weise zur Armutsbekämpfung eingesetzt wird.

Nachdem über die wichtigsten Grundsätze des Abkommens zum Schuldenerlass in Gleneagles Einigung erzielt werden konnte, entbrannte ein heftiges Tauziehen um die Details der Vereinbarung. Sowohl einige reiche Länder als auch die Weltbank und der

IWF haben einige Versuche unternommen das Abkommen abzuschwächen. Beispielsweise war die ursprüngliche Abmachung, alle Schulden einzubeziehen, die bis Ende 2004 bei dem IWF, der Weltbank und dem Afrikanischen Entwicklungsfonds bestanden. Um Geld zu sparen, erfasst das Weltbankabkommen nun nur noch die Schulden bis Ende 2003; ein Federstrich, der arme Nationen \$5 Milliarden kostet, die nun nicht erlassen werden.

Darüber hinaus ist noch viel mehr Schuldenerlass notwendig; hoch verschuldete Länder wie Bangladesch und Kenia bleiben bisher ausgeschlossen. Die "Erlassjahr-Kampagne" hat ermittelt, dass über 60 Ländern nicht in der Lage sein werden, die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen, wenn ihre Schulden nicht vollständig gestrichen werden. Selbst wenn das Abkommen von 2005 vollständig umgesetzt ist, erstreckt es sich nur auf etwa 40 Länder. Schulden bei anderen Regionalen Banken (wie insbesondere die Interamerikanische Entwicklungsbank) wurden im Abkommen nicht berücksichtigt. Die Länder sind immer noch zu schmerzhaften wirtschaftlichen Reformen verpflichtet, beispielsweise inadäquate Privatisierungen oder die Liberalisierung des Handels, um sich für einen Schuldenerlass zu qualifizieren. Es gibt keine Anerkennung der Illegitimität eines großen Teils der Schuldenlast aus unverantwortlichen Anleihen, wie zum Beispiel Schulden, die durch nicht gewählte Regierungen in den 1980er Jahren gemacht wurden.⁴ Die gegenwärtige Regierung in Südafrika zum Beispiel zahlt Milliarden zurück, die dem ehemaligen Apartheidsregime geliehen wurden.

Dennoch hat das Abkommen, welches letztes Jahr aufgrund beispiellosen weltweiten Drucks zustande gekommen ist, bereits positive Auswirkungen auf das Leben vieler Menschen. Dies ist den unermüdlichen Kampagnen von Aktivisten zu verdanken, dem Druck, den diese auf die Finanzminister und Staats- und Regierungschefs der G8 ausgeübt haben und der positiven Art und Weise, in der die Staats- und Regierungschefs auf diesen Druck reagierten. Dieselben Aktivisten werden die G8 2006 dazu drängen, den Schuldenerlass weiter auszudehnen auf alle Länder, die ihn zur Armutbekämpfung benötigen.

Entwicklungshilfe: Doppelzählungen verdecken den geringen Fortschritt

In Gleneagles versprachen die G8, die Hilfe bis 2010 um \$50 Milliarden jährlich aufzustocken. Das macht nur die Hälfte von dem aus, was laut UNO bis 2010 benötigt wird, um die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen. Damit werden die reichen Länder 0,36% ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe verwenden, gerade die Hälfte der 1970, vor über 30 Jahren, vereinbarten Zielmarke von 0,7%.

Dennoch, wenn diese Hilfe geleistet wird, könnte sie im Kampf gegen die Armut enorm viel bewegen. Sie birgt das Potential, das erste Mal in der Menschheitsgeschichte den Schulbesuch für jedes Kind zu finanzieren. Sie birgt das Potential zur unentgeltlichen medizinischen Versorgung für die 500 000 Frauen beizutragen, die jedes Jahr während der Schwangerschaft oder bei der Geburt sterben. Und sie kann lebensrettende Behandlung für Millionen von Menschen, die mit HIV infiziert sind, ermöglichen. Sie kann dazu beitragen, 2 Millionen Lehrer und 4 Millionen Fachkräfte im Gesundheitsbereich, die dringend gebraucht werden, auszubilden und zu bezahlen. Damit dies geschieht, müsste die Hilfe flexible,

langfristige Verpflichtungen für tatsächliche Finanzierung beinhalten, ohne an schädliche Konditionen gekoppelt zu sein, und sie müsste direkt an jene Länder gehen, die sie benötigen.

Auf den ersten Blick zeigen die OECD Zahlen, dass die Hilfe der G8 2005 massiv aufgestockt wurde, um \$21 Mrd. oder 37% über dem Stand von 2004. Allerdings hält dieser Anstieg einer genaueren Überprüfung nicht stand, da der weit überwiegende Teil der Aufstockung (80%) in Einmalbeträgen aus Schuldenstreichungen für den Irak und Nigeria besteht – und somit überhaupt nicht zusätzliches Geld im Kampf gegen die Armut darstellt. Gemeinsam decken diese beiden Abkommen \$17 Mrd. der \$21 Mrd. Aufstockung ab. Wenn man nun nur die Differenz betrachtet, gibt die zugrunde liegende Tendenz in der Hilfe einiger G8-Länder sogar Anlass zu ernsthafter Besorgnis.

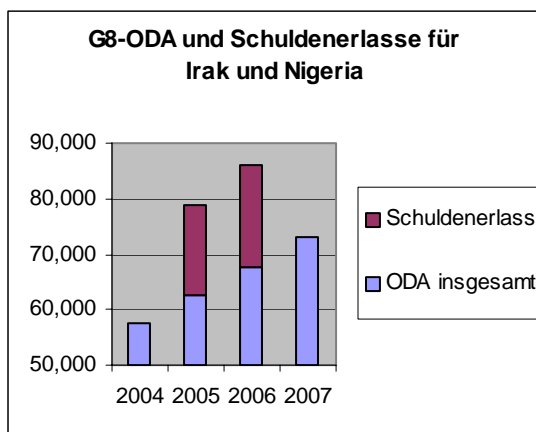
Schuldenerlass für arme Länder wie Nigeria ist wichtig und notwendig. Die Streichung der Schulden armer Länder bei reichen Ländern, erlaubt, wie wir gesehen haben, den armen Ländern Investitionen in Bildung, Gesundheit und Armutsbekämpfung. Iraks Schulden, die unter Saddam Husseins Regime entstanden sind, zu erlassen stellt der Regierung Geld für den Wiederaufbau des Landes zur Verfügung. Es muss aber sowohl Schuldenerlass stattfinden, als auch zusätzlich die Hilfe massiv aufgestockt werden. Wenn allerdings die reichen Länder ihre Entwicklungshilfebudgets verwenden, um Schuldenstreichungen zu finanzieren, dann steht, genau genommen, kein zusätzliches neues Geld für arme Länder zur Verfügung, das für den Kampf gegen die Armut verwendet werden kann. Auf der Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Monterrey 2002 versprachen die reichen Länder die Praxis des Doppelzählens von Schuldenstreichungen als Entwicklungshilfe zu beenden. Trotz des Versprechens wird diese Praxis weiterhin fortgesetzt.⁵

Die reichen Länder nutzen nicht nur ihre Entwicklungshilfe um Schuldenerlasse zu finanzieren, sie zählen auch die vollen Kosten der Schuldenerlasse über einen sehr kurzen Zeitraum. Die Einsparungen der armen Länder sind jedoch über einen viel längeren Zeitraum verteilt. Das bedeutet, dass die Entwicklungshilfeleistungen durch scheinbar gewaltige Beträge aufgebläht werden, selbst dann, wenn das tatsächliche Geld, das zur Bekämpfung der Armut vorhanden ist, weit weniger ist. Beispielsweise schließen die Entwicklungshilfeszahlen für die Jahre 2005 und 2006 die vollen Kosten für den Erlass von \$18 Mrd. der insgesamt \$35 Mrd. Schulden Nigerias ein. Nigerias tatsächliche Ersparnis wird jedoch nur ungefähr \$1 Mrd. jährlich über die nächsten 20 Jahre sein.⁶ Das Nettoergebnis ist, dass trotz der scheinbar enormen Aufstockung der Hilfe 2005 tatsächlich wenig neues Geld zur Bekämpfung der Armut verfügbar ist. Wenn also die Abkommen mit Nigeria und dem Irak herausgerechnet werden, ist die gesamte Hilfe 2005 seit dem letzten G8 Gipfel nur um 9% angestiegen. Ein ähnliches Bild wird für 2006 erwartet, wenn die zweite Tranche des Abkommens über Nigerias und Iraks Schuldenerlasse in die Entwicklungshilfeleistungen eingerechnet wird. Dann besteht die Gefahr, dass dies das Versäumnis der G8 verdeckt, die tatsächlichen Hilfeleistungen, wie in Gleneagles versprochen, zu erhöhen, und es den G8 erlaubt, einen Gang zurückzuschalten.

2007 wird sich die Situation zuspitzen, wenn die durch die Schuldenerlasse erzeugte Erhöhung beendet ist und der unzureichende Grundtrend in den G8-Schlüsselländern sich als nicht ausreichend herausstellen wird, die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Die G8 müssen uns jetzt zeigen, wie sie diese Zeitbombe des Jahres 2007 zu entschärfen beabsichtigen. Sie sollten dies tun, indem sie Schuldenerlasse von der eigentlichen Entwicklungshilfe trennen (wie Norwegen es tut) oder zumindest indem

sie deren Auswirkungen auf die Entwicklungshilfeleistungen über einen längeren Zeitraum verteilen. Dies würde die erzeugten Verzerrungen verringern und die tatsächlichen finanziellen Erleichterungen für arme Länder im Kampf gegen die Armut widerspiegeln.

Abbildung 1: Einfluss der Schuldenerlasse für Nigeria und Irak auf die G8-ODA 2004-7⁷



Eine Aufgliederung für das Jahr 2005 enthält die folgende Tabelle 1. Sie enthält nicht die gesamten Schuldenerlasse für Nigeria und den Irak, sondern zeigt lediglich die tatsächliche Erleichterung von ca. \$1 Milliarde im Jahr durch den Schuldenerlass für Nigeria.

Tabelle 1: Einfluss der Schuldenerlasse für Nigeria und Irak auf die ODA 2004-5. (Alle Zahlen in Mio. US\$)

	Gemeldete ODA 2004	Gemeldete ODA 2005 ⁸	Schuldenerlasse für Nigeria und Irak 2005	Hilfe 2005 mit abgezogenen Schuldenerlassen ⁹	% Veränderung in ODA 2004 auf 2005	ODA 2005 in % BNE
Kanada	2,599	3,387	321	3,066	18%	0.31
Frankreich	8,473	9,925	1,610	8,315	-2%	0.38
Deutschland	7,534	9,847	2,919	6,928	-8%	0.24
Italien	2,462	4,921	1,324	3,597	46%	0.21
Japan	8,922	13,486	3,316	10,170	14%	0.21
UK	7,883	10,627	2,892	7,735	-2%*	0.33
USA	19,705	26,726	3,810	22,916	16%	0.19
Gesamt	57,578	78,919	16,192	62,727	9%	0.27

* Die Gesamtzahlen von UK sind beeinflusst durch Kredite und Rückerstattungen der, Commonwealth Development Corporation in 2004 und 2005. Wenn man dies einrechnet, ist die ODA von UK im Jahr 2005 insgesamt um 7% angestiegen

Italien und die USA haben ihre Hilfe in 2005 erheblich aufgestockt; sie sind aber, bezogen auf ihre Wirtschaftskraft, immer noch die am wenigsten großzügigen Länder innerhalb der G8. Japan hat seine Hilfe das erste Mal in vielen Jahren aufgestockt, angesichts der beispiellosen Kampagnen der japanischen Hottokenai-Koalition, die dafür sorgte, dass 4.5 Millionen Menschen 2005 ein Weißes Band trugen¹⁰. Dennoch gibt es bisher noch keinen klaren Zeitplan für die zusätzlichen \$10 Milliarden, die gegen Ende des G8 in Gleneagles versprochen wurden. Neueste Berichte deuten an, das japanische Finanzministerium versuche die Aufstockung der Zuschüsse zu vermeiden und statt dessen den Anstieg aus Schuldenerlassen und Krediten zu erreichen. Das wäre eine Blamage für Premierminister Koizumi auf dem G8 Gipfel in Russland.¹¹ Schließlich verzeichnet auch Kanada eine lobenswerte zweistellige Erhöhung, ist aber trotz enormen öffentlichen Drucks offenkundig daran gescheitert, einen Zeitplan zur Erreichung der von der UN beschlossenen Vorgabe von 0,7% des BNE aufzustellen. Insgesamt sind die G8-Mitgliedsstaaten viel weniger großzügig als viele andere reiche Staaten; sie geben durchschnittlich \$90 pro Person und Jahr, verglichen mit \$300 in den Niederlanden. Sie können und sollten viel mehr geben.

Bildung und Gesundheit

Die Auswirkungen dieses Mangels an Großzügigkeit sind, dass globale Schlüsselinitiativen zur Armutsbekämpfung nicht finanziert werden können. Die "Education Fast Track Initiative" (Education FTI), der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria und der neue UN-Nothilfefonds sind drastisch unterfinanziert.

Der Education FTI, eine entscheidende Einrichtung zur Finanzierung des Bildungsbereichs, hat eine unmittelbare Finanzierungslücke von \$422 Mio. für 2006¹² und kämpft sogar darum, lediglich diesen kleinen Betrag aus den reichen Ländern herauszupressen. Seit Gleneagles haben nur Russland, Großbritannien und Italien neue Beiträge zum FTI geleistet, Russland gab \$77, 2 Mio., Großbritannien \$177 Mio. und Italien dürftige \$1 Mio.

Niger – 200 000 Kinder von reichen Ländern im Stich gelassen

Seit 1998 hat sich im Niger die Anzahl der Kinder, die die Schule besuchen, mit rasantem Tempo erhöht (mit mehr als 10% im Jahr). Das liegt zum Teil daran, dass 40% von Nigers Schuldenerlass für Bildung ausgegeben werden. Vor der Gründung der FTI bestand keinerlei Hoffnung, das Millennium-Entwicklungsziel von 100% Grundschulbildung bis 2015 zu erreichen. Der Plan der FTI für den Niger schien dieses Ziel plötzlich erreichbar zu machen. Die Geber unterstützten begeistert das Vorhaben des Bildungsministeriums für vollständige Einschulung bis 2015 und Anschub-Gelder der FTI wurden freigegeben. Bis Ende letzten Jahres sollten 9.000 Lehrer eingestellt und fast 9.000 neue Klassenzimmer errichtet werden. Aber die Geber haben die Finanzierung des Plans verweigert. Das Defizit von \$76 Mio. bedeutet, dass fast 200 000 Kinder im Niger aus einem einzigen Grund nicht zur Schule gehen können: Das Fehlen des politischen Willens der Geber, Programme umzusetzen, die sie selbst vorgeschlagen haben.

Man muss der britischen Regierung dafür gratulieren, dass sie andere Staats- und Regierungschefs unter Druck setzt mehr für Bildung zu tun. Sie rief in den letzten Monaten reiche Länder dazu auf, die langfristige Zusage von \$10 Mrd. jährlich einzuhalten, die benötigt wird um Schulbesuch für alle Kinder zu ermöglichen.

Russland hat Gesundheit und Bildung zur Priorität des G8-Gipfels erklärt. Aktivisten weltweit erwarten entschlossenes Handeln.

Ein Kernerfolg von Gleneagles war die Selbstverpflichtung, allgemeinen Zugang zu HIV-Behandlung bis 2010 sicher zu stellen. Bis Ende 2005 hatten knapp über eine Million HIV-infizierte Menschen in armen Ländern Zugang zu entsprechender Behandlung – ein bedeutender Erfolg. Trotzdem ist dies bei weitem nicht genug, um das Ziel bis 2010 erreichen, und noch immer sind 6 Millionen Menschen ohne Zugang zu lebenserhaltender medizinischer Versorgung. Das Hauptproblem ist der Mangel an Finanzierung für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM). Zusätzlich zu ihrer historischen Selbstverpflichtung haben sich die G8-Staaten darauf festgelegt, den GFATM vollständig zu finanzieren. Zwar haben sie weitere \$1,5 Milliarden seit dem Gleneagles Gipfel zugesagt, aber diese finanzieren nur bestehende Programme und steuern nichts zur neuen Runde von Vorschlägen für Programme in Bezug auf das Gesamtziel bei. Ein entscheidender Test in dieser Angelegenheit wird genau vor dem russischen G8-Gipfel erfolgen, auf der GFATM Konferenz 2006, in der es um die Wiederauffüllung des Fonds geht. Weltweit werden Aktivisten verlangen, dass die G8-Staaten wesentlich mehr als bisher leisten, und dass sie den GFATM vollständig finanzieren.

Zusätzlich zur vollständigen Finanzierung dieser globalen Programme müssen die G8 Länder viel mehr Hilfe auf Landesebene in Form langfristiger und flexibler Zusagen geben. Hilfe in dieser Form ist unverzichtbar für den Wiederaufbau der öffentlichen Systeme, die den Kern entsprechender Dienstleistungen bilden. Insbesondere ist dies erforderlich, um die benötigten 4 Mio. Fachkräfte im Gesundheitswesen und 2 Millionen Lehrer zu finanzieren (und diese angemessen zu bezahlen). Afrika trägt 24% der weltweiten Belastung durch Krankheiten, verfügt aber nur über 2,5% der Fachkräfte im Gesundheitswesen.¹³ Gegenwärtig werden 40% der G8-Hilfe für teure Technische Hilfe verschwendet und sind an den Bezug von Dienstleistungen aus den jeweiligen Geberländern gebunden. Die Weltbank ermittelte, dass die Kosten allein für einen Berater-Tag das Jahresgehalt eines Lehrers decken können. Außerdem wird die Hilfe auf sehr kurzfristiger Basis und mit minimaler Koordination bereitgestellt, sodass es für arme Länder extrem schwierig ist, das Geld sinnvoll einzusetzen. Tansania erhielt 2005 von internationalen Gebern mehr als einen offiziellen Besuch täglich.

Die Entwicklungshilfe wird außerdem dadurch entwertet, dass sie an die Umsetzung nachteiliger ökonomischer Auflagen von Weltbank oder IWF geknüpft ist, wie beispielsweise unangemessene Privatisierung oder Liberalisierung des Handels. Die G8 verpflichteten sich auf dem Gleneagles-Gipfel, den Ländern zu ermöglichen, selbst über „Entscheidung, Planung und Abfolge“ ihrer Wirtschaftspolitik bestimmen zu können. Trotzdem beharren die G8-Länder bei der WTO auf drastischen Kürzungen aller Zolltarife und schalten damit ein wirtschaftspolitisches Schlüsselinstrument aus. Eine Studie über Entwicklungshilfe der Weltbank und des IWF für 25 arme Länder, die im April 2006 vom Europäischen Netzwerk für Verschuldung und Entwicklung (European Network on Debt and Development) erstellt wurde, kam zu dem Ergebnis, dass die Konditionen, die Länder zur Anwendung bestimmter Wirtschaftspolitiken zwingen, sich in den letzten beiden Jahren sogar verschärft haben.¹⁴

Humanitäre Hilfe

2005 wurde die Welt Zeuge der Tsunami-Katastrophe und des Erdbebens in Pakistan, Hungersnöten in Afrika und der Notlage von Millionen Menschen, die aufgrund von Kriegen obdachlos geworden waren. Das Gleneagles-Kommuniqué betonte

“vergessene humanitäre Krisen” und die Notwendigkeit “koordinierter Krisenfinanzierung... die rechtzeitig verfügbar ist, um Leben zu retten”. Seitdem sind die Regierungen im Dezember 2005 übereingekommen, einen UN - Fonds einzurichten, der die humanitäre Hilfe in den entscheidenden ersten Tagen nach einem Notfall beschleunigen soll – und um Hilfe für jene Krisen bereitzustellen, über die Regierungen und Medien hinwegsehen. Das war ein bedeutsamer Durchbruch. Im Mai 2006 zahlte der neue Fonds \$32 Millionen für die 10 weltweit am wenigsten beachteten Krisen (außer Haiti liegen sich alle in Afrika). Doch selbst indem die G8-Regierungen zu diesem UN-Nothilfefonds (CERF) beisteuern, variieren sie noch beträchtlich im Maß ihrer Großzügigkeit. Kanada hat \$17 Millionen, Großbritannien fast \$70 Millionen versprochen, aber sowohl Deutschland als auch Japan haben bislang erst wenig bzw. überhaupt noch nichts beigesteuert.

Diese Unterfinanzierung bedeutet auch, dass Menschen in vielen humanitären Krisen, wie die in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo), wo zwischen 1998 und 2004¹⁵ bis zu 4 Millionen Menschen als Folge von langwierigen bewaffneten Auseinandersetzungen gestorben sind, nicht ausreichend Hilfe bekommen, um zu überleben. Auf der Grundlage von Analysen durch Oxfam, die den Beitrag von Geberländern gemäß ihrem relativen BNE berechnen, hat von allen G8-Staaten allein Kanada 2005 seinen “fairen Anteil” beigesteuert, um die humanitären Anforderungen in der DR Kongo zu decken.¹⁶ Großbritannien wird 2006 seinen “fairen Anteil” geleistet haben, sobald alles, was es versprochen hat, an die UN und andere gezahlt wurde. Keine G8-Regierung hat bislang ihren “fairen Anteil” am Humanitären Aktionsplan (Humanitarian Action Plan) der UN für die DR Kongo 2006 gezahlt. Während Großbritannien in 2005 4,2% der weltweiten humanitären Hilfe beigesteuert hat, hat Deutschland 2,9% gegeben und Frankreich nur 1,2%.¹⁷

Die grundsätzliche Aussage zur Entwicklungshilfe ist eindeutig: die G8-Staaten leisten die von ihnen versprochenen Steigerungen nicht; das Aufblähen der Zahlen durch Schuldenerlasse verbirgt den Mangel an Hilfe vor Ort, und dies äußert sich in Kindern, die nicht in die Schule gehen können, Menschen, die unnötig sterben, Schulklassen mit 100 Schülern pro Lehrer oder 8 000 Menschen, die auf eine Gesundheits-Fachkraft kommen. Wenn die Regeln sich nicht ändern, werden die Entwicklungshilfeleistungen auch nächstes Jahr wieder massiv verzerrt werden, durch die zweite Tranche der Schuldenstreichung für den Irak und Nigeria, die dann wirksam wird. Die G8 müssen ihr Treffen in Russland nutzen, um die Regeln zu ändern sowie die Doppelzählung von Schuldenerlassen als Entwicklungshilfe zu unterbinden und sich darauf verständigen, die Schulden für alle Länder zu erlassen, die dies brauchen, um Armut zu bekämpfen. Die G8-Staaten müssen außerdem klare Zeitpläne dafür aufstellen, wie sie die tatsächliche Aufstockung hochwertiger, langfristige Hilfe erreichen können, und ihr Versprechen halten, bis spätestens 2010 0,7% ihres BNE zu geben.

Die Friedenssicherung der Afrikanischen Union und der Waffenhandel: wenig Taten, wenig Nutzen

Wie schon das Kommuniqué von Gleneagles sagt, "ist Frieden die erste Bedingung für erfolgreiche Entwicklung". Die Staats- und Regierungschefs der G8 haben sich für die Unterstützung von afrikanischen Initiativen stark gemacht, um fragile Friedensabkommen zu festigen, und um Konflikte vorzubeugen und sie zu lösen. Sie versprachen "die Mission der Afrikanischen Union im Sudan (Darfur, AMIS) zu unterstützen, genau wie wir an der UN-Mission zur Friedenssicherung im Sudan (UNMIS) im Süden von Sudan mitwirken". Geschehen ist seitdem allerdings in beiden Fällen wenig. Die Menschen sowohl in Darfur als auch in Süd-Sudan haben relativ wenig gehabt von einem weiteren Jahr allseitiger Betroffenheitserklärungen.

Das Mandat für UNMIS im März 2005 umfasste 10 000 Personen, aber die Truppen sind immer noch nicht vollständig im Einsatz. Und dies ein Jahr nach dem Gleneagles-Gipfel und mehr als ein Jahr nachdem das Friedensabkommen (Comprehensive Peace Agreement) im Januar 2005 zur Beendigung von 22 Jahren Krieg in Südsudan unterzeichnet worden war. Selbst jetzt hat sich für die meisten Menschen in diesen Regionen nur wenig verändert. Laut Befragungen in den Panyagor Gebieten des Südsudan im November und Dezember 2005 glaubten nur 17% der Menschen, dass dort "viel" Frieden sei oder dass sie "sehr sicher" seien.¹⁸

In Darfur in West-Sudan hat sich die EU stärker als die G8 darum bemüht, die Afrikanische Union und deren Mission zur Friedenssicherung im Sudan (AMIS) zu unterstützen; die Vereinigten Staaten und Kanada sind die Hauptgeberländer. Aber das Gesamtbild ist eines von nur langsamen Fortschritt – und anhaltendem Leiden und Sterben. Die erste Verpflichtung, die die G8 Länder in Gleneagles betreffend Konflikte in Afrika eingingen, lautete, technische Unterstützung für eine afrikanische Eingreiftruppe – eine neu zusammengestellte militärische Kapazität der Afrikanischen Union (AU) – zur Verfügung zu stellen. Allerdings sieht es noch so aus, als würde es Jahre dauern, bis eine solche Truppe voll einsatzbereit ist; eine von fünf geplanten Brigaden könnte 2007 aufgestellt werden. Ein Problem war, dass statt direkter Barzuschüsse für die AU und Truppen bereitstellender Länder wie Ruanda und Senegal zu viel Gewicht auf der – natürlich ebenfalls wichtigen – Ausbildung von Friedenfachkräften und Polizei als auch der Unterstützung in Form von Sachgütern lag. Bis dahin sind die Menschen in Darfur der AMIS und den langwierigen Gesprächen der UN über die Entsendung von Peace Keepers später in diesem Jahr überlassen. AMIS hat eine gewisse Wirkung erzielt, ist aber nicht in der Lage, die täglichen Angriffe auf Zivilisten zu verhindern. Trotz des Teilabkommens über Frieden, das im Mai 2006 beschlossen wurde, bedrohen die Angriffe weiterhin das Leben vieler der zwei Millionen Menschen, die durch den Konflikt seit 2003 aus ihrer Heimat vertrieben wurden. In einem Gebiet so groß wie Frankreich befinden sich nur 7.000 Mann unzureichend ausgerüsteter Friedenstruppen. Wenn und sobald der Übergang zu einer UN-Mission beschlossen wird, werden die G8 Regierungen, obgleich die Streitmacht größtenteils aus afrikanischen Truppen bestehen wird, den überwiegenden Teil der Mission zahlen, da sie 77% des UN Budgets zur Friedenssicherung abdecken müssen¹⁹. Bis dieser Übergang stattfindet, müssen die G8 Nationen dringend die derzeitigen AMIS Truppen mit massiv aufgestockter Finanzierung und technischer Unterstützung verstärken. Dies würde beispielsweise

24-Stunden-Patrouillen um die Camps, Patrouillen zum Brennholz sammeln, Patrouillen entlang der Hauptstraßen, um den Zugang zu gewährleisten und schließlich Patrouillen entlang der Grenze zum Tschad, um grenzüberschreitende Angriffe zu verhindern, ermöglichen.

Waffenkontrolle: Fortschritte in Richtung Arms Trade Treaty

Auf dem Gipfel in Gleneagles erklärten die Staats- und Regierungschefs der G8, dass die "Entwicklung von internationalen Standards über Waffenlieferungen... ein bedeutender Schritt wäre". Zwölf Monate später ist dies weiterhin zutreffend. Russland, Kanada, die USA und Japan haben immer noch keine öffentlichen Stellungnahmen zur Unterstützung eines internationalen Arms Trade Treaty abgegeben – jene Initiative, die die EU im Oktober 2005 befürwortete und die verhindern könnte, dass Waffen in jedes Land gebracht werden können, das Kriege und Menschenrechtsverletzungen schürt.

Das Kommuniqué von Gleneagles erwähnt eine entscheidende Gelegenheit für 2006, um die Kontrollen des Transfers von Klein- und Leichtwaffen zu verschärfen – die Konferenz zur Überprüfung des UN-Aktionsprogramms gegen Klein- und Leichtwaffen (Small Arms), die am 26. Juni in New York eröffnet wird. Die Konferenz bietet allen Staaten eine Möglichkeit, sich über weltweite Richtlinien für nationale Kontrollen des Verkaufs von Klein- und Leichtwaffen und der damit verbundenen völkerrechtlichen Verantwortung der Regierungen zu einigen. Ein Konsens in New York wäre ein wichtiger Schritt in Richtung schärferer Kontrollen des Waffenhandels, der verhindern könnte, dass Waffen in falsche Hände geraten. Jetzt darf die Konferenz nur nicht scheitern; ihre Teilnehmer müssen sich auf ein gemeinsames internationales Übereinkommen über die Verantwortung der Regierungen zur Kontrolle von Waffenlieferungen einigen.

Gerechtigkeit im Welthandel noch außer Reichweite

Ohne ein Handelsabkommen, das armen Ländern Wachstum erlaubt, wird der Nutzen von Entwicklungshilfe und Schuldenerlass nur von kurzer Dauer sein. Das Abschlusskommuniqué von Gleneagles gab etwas Hoffnung, dass die unterzeichnenden Staats- und Regierungschefs für die Verhandlungen beim Ministertreffen der Welthandelsorganisation in Hongkong im Dezember 2005 einen überzeugenden politischen Kurs in Richtung eines Abkommens zur Unterstützung der Entwicklungsländer vorgeben würden. Stattdessen stellte Hongkong geradezu einen Verrat dar, weil die reichen Länder, angeführt von den G8-Mitgliedern, keine jener mutigen politischen Schritte setzten, die für eine Vereinbarung erforderlich gewesen wären. Trotz der häufigen Bekenntnisse zu einer entwicklungsorientierten Handelsrunde, war es mehr ein "weiter so". Weit davon entfernt, Entwicklungsländer zu befähigen, durch Handel Armut zu überwinden, sind die gegenwärtig auf der Tagesordnung stehenden Vorschläge eher dazu geeignet, den Fortschritt der Entwicklungsländer zu behindern.

Die USA und die EU versprochen, dass sie ihre Märkte landwirtschaftlichen und industriellen Produkten aus Entwicklungsländern öffnen würden, haben sich aber gleichzeitig so viele Hintertüren offen gelassen, dass sie tatsächlich äußerst wenig anbieten. Im Gegenzug verlangen die G8-Länder, dass Entwicklungsländer radikale

Einschnitte in allen industriellen Zolltarifen machen. Dies wäre ein beispielloser Schritt, der eine weitergehende industrielle Entwicklung voraussichtlich ausschließen würde.

Dennoch hat es in einigen Bereichen Veränderungen gegeben. Die Staats- und Regierungschefs der G8 verpflichten sich, Exportsubventionen innerhalb einer "glaubwürdigen" Frist abzuschaffen. In Hongkong wurde als Termin 2013 festgelegt, vorbehaltlich eines endgültigen Abkommens. Dies ist von großer Bedeutung, da Exportsubventionen zum Dumping von subventionierten Produkten auf dem Weltmarkt führen und somit die Existenzgrundlage von Bauern in den Entwicklungsländern bedrohen.²⁰

Allerdings sind Exportsubventionen nicht die einzige Art von landwirtschaftlicher Unterstützung, die den Ärmsten der Welt Schaden zufügt. In Gleneagles haben die Staats- und Regierungschefs der G8 sich außerdem dazu verpflichtet, jene innerstaatlichen Stützungsmaßnahmen abzubauen, die ebenso den Weltmarkt verzerren. Doch die reichen Länder weigerten sich, dies zu verwirklichen. Die Hongkong-Erklärung besagte zwar, dass Einschnitte in derartige Subventionierungen tatsächlich stattfinden und nicht lediglich "Einschnitte auf dem Papier" darstellen sollten. Doch die Formulierung war vage genug um den reichen Ländern zu erlauben, sich darüber hinwegzusetzen.

In Hongkong wurde von den reichen Ländern zugesagt, dass 97% der Exporte aus den am wenigsten entwickelten Ländern ("Least Developed Countries" LDC) zoll- und quotenfrei sein würden. Allerdings exportieren die LDC eine derart kleine Produktauswahl, dass die 3% Spielraum es den reichen Ländern erlauben würde, die entscheidenden Export-Sektoren, wie zum Beispiel Textilien, für LDC auszugrenzen und weiterhin Zölle auf diese Ausfuhr Güter zu erheben. Es ist somit abzusehen, dass der begünstigte Zugang, den die LDC derzeit noch genießen, durch die angebotenen Vereinbarungen der reichen Länder untergraben wird. Damit werden die Armen voraussichtlich schlechter dran sein, als es sie es heute sind.

Auch bei der Zoll-Eskalation- das ist die Verhängung von höheren Zöllen durch reiche Länder auf Produkte, die verarbeitet wurden oder deren "Wert" man erhöht hat - wurde kein ausreichender Fortschritt erzielt. Hierdurch wird die wirtschaftliche Entwicklung in den armen Ländern behindert und diese gezwungen, sich auf den Export geringwertiger Rohstoffe zu konzentrieren anstatt ihre verarbeitende Industrie auszubauen.

Schließlich hat das Kommuniqué auf den Bedarf an zusätzlichen Mitteln für Afrika hingewiesen, damit für den Export von landwirtschaftlichen Produkten die Gesundheits- und Qualitätsstandards der reichen Länder erfüllt werden können. In Hongkong standen die Mittel zur Handelsförderung ganz oben auf der Agenda, und in der endgültigen Ministerdeklaration wurde eine beratende Arbeitsgruppe eingerichtet, um dieses Thema zu bearbeiten. Jedwede Handelsförderungshilfe muss aber zusätzliches Geld beinhalten, anstatt dass diese auf Kosten anderer dringender Bedürfnisse finanziert wird. Es ist noch abzuwarten, ob dies der Fall sein wird.

Im Großen und Ganzen sind die Gleneagles-Vereinbarungen zwar nicht ausreichend weit gegangen, um ein gutes Doha-Abkommen zu fördern, sie haben aber zumindest zum Teil aufgeführt, was die reichen Länder tun müssen, um armen Menschen auf der ganzen Welt zu helfen. Allerdings, sofern die reichen Länder ihre Vorschläge zum Handel nicht grundlegend ändern, wird leider nicht nur die Verheißung des

Kommunikation vom letzten Jahr im Keim erstickt, sondern es werden auch die umfassenderen Verheißungen der Doha-Runde zunichte gemacht.

Klimawandel: nur Worte, keine Taten

Neben der Armut in Afrika war der Klimawandel Tony Blairs andere große Priorität für die G8-Präsidentschaft durch Großbritannien. Er hat geäußert: "Ich glaube, dass der Klimawandel zweifellos die größte langfristige Bedrohung für unseren Planeten darstellt."²¹

Die G8 haben zu "einer globalen gemeinsamen Anstrengung über einen anhaltenden Zeitraum" aufgerufen, haben jedoch keine messbaren Ziele gesetzt. Aber sie haben sich auf eine politische Aussage zum Klimawandel geeinigt, die das menschliche Handeln als Ursache des Klimawandels begreift, und es wurde beschlossen "jetzt mit Entschlossenheit und Dringlichkeit zu handeln". Die G8 haben sich auch darauf geeinigt sparsame Energieverwendung, umweltfreundliche Kraftstoffe und Technologien für erneuerbare Energien zu fördern und durch die Weltbank einen neuen Rahmen für umweltfreundliche Energie und Entwicklung schaffen zu lassen. Schließlich haben die G8-Länder zugesagt, Gespräche mit Entwicklungsländern mit erheblichen Energiebedürfnissen zu beginnen und sie beim Aufbau von Kapazität zur Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen.

Die Tatsache, dass Präsident Bush die endgültige Erklärung unterzeichnete, schien in der US Politik zum Kyoto Protokoll eine geringfügige Entspannung anzudeuten. Auf der folgenden Konferenz über Klimawandel im Dezember 2005 in Montreal wurde beschlossen, mit den Verhandlungen über die Bedingungen für einen zweiten verbindlichen Zeitraum für das Kyoto-Protokoll zu beginnen. Es sollte striktere Vorgaben zur Emissionsreduzierung enthalten und 2012, nach Ende der ersten Verpflichtungsperiode in Kraft treten. Leider erklärte die neue kanadische Regierung im Mai 2006, dass sie sich dem Beispiel der USA anschließe und den Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls nicht nachkommen würde. Kanada begann danach Ausgaben zu streichen, die für die Einhaltung der Vorgaben des Kyoto-Protokolls vorgesehen waren.

Dass der Fokus des G8-Gipfels auf dem Klimawandel lag, trug sehr dazu bei, das Thema ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Doch die dadurch ausgelösten Prozesse erfolgen nicht annähernd schnell genug, um die notwendigen Reduktion der Treibhausgase zu bewirken. Es wird angenommen, dass der nächste Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses zum Klimawandel, der 2007 veröffentlicht werden soll, aufzeigen wird, dass erkennbare und schädliche Veränderungen des Klimas schon in vollem Gange sind.

Zusätzlich zu den Verhandlungen über die zweite Phase des Kyoto-Protokoll haben die "G8 +5"-Gespräche begonnen. Das bringt Indien, China, Brasilien, Mexiko and Südafrika an den Verhandlungstisch, deren Energiebedürfnisse und Treibhausgasemissionen rasch ansteigen. Deren nächstes Treffen ist im September 2006 in Mexiko. Ein große Sorge ist, ob die G8 + 5 Gespräche das Kyoto-Abkommen ergänzen können, indem sie weitere Regierungen wie die von Indien und China einbringen, oder ob es stattdessen zum Anlass wird, Kyoto zu untergraben und es durch ein freiwilliges - und schwaches - System zu ersetzen. Verfechter des Kyoto-Protokolls - welches erst 2005 in Kraft getreten ist - sagen, dass es gewährleistet, was notwendig ist: eine internationale Rechtsordnung, die verpflichtende und verbindliche

Emissionsreduktionen festlegt. Kritiker von Kyoto erklären, dass das Protokoll eine wachsende Problematik ignoriert, indem es keine verbindlichen Vorgaben für die neu sich industrialisierenden Nationen aufstellt.

Was die Weltbank betrifft, war ihr Beitrag zur Förderung erneuerbarer Energien bisher sehr dürftig, und viele befürchten, dass der neue Investitionsrahmen ("Investment Framework") der Bank Gigantismus fördern wird – das Streben nach Mega- Projekten wie Wasserkraftstaudämmen, die Flussgebieten und den dort ansässigen Menschen schaden.

Die Gebermittel für Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern waren bislang völlig unzureichend. In ihrer neuesten Untersuchung betont die Weltbank zu Recht die Notwendigkeit entsprechender Anpassungen und versucht sogar, deren Kosten abzuschätzen (jährlich zwischen \$10 und \$40 Mrd.). Doch bis jetzt sind höchstens ein paar hundert Millionen Dollar zugesagt worden.

"Energiesicherheit", das Leitthema des russischen G8-Präsidentschaft, hat mittlerweile unterschiedliche Bedeutungen für verschiedene Menschen. Darunter sind: eine ununterbrochene Bereitstellung von Brennstoffen zu einem stabilen und vorhersehbaren Preis; eine lukrative Geschäftsgelegenheit; die Gelegenheit zur Revolution durch erneuerbare Energiequellen; oder eine einfache Frage von Leben und Tod für viele Menschen in Entwicklungsländern, die verzweifelt versuchen genug Feuerholz für das Kochen ihrer täglichen Mahlzeit zu finden.

Die G8 ergriffen in Gleneagles Maßnahmen, um das öffentliche Bewusstsein zu schärfen und Engagement zu verstärken. Da aber die energiebedingten globalen Spannungen zunehmen, besteht die Gefahr, dass der gegenwärtige zerbrechliche Weltkonsensus zusammenbricht und durch ein nationalistisches und konkurrenzbetontes Streben nach Sicherheit in der Energieversorgung ersetzt wird, welches die ärmsten Länder an den Rand drängt.²²

Was geschieht als nächstes

Wenn eine Woche in der Politik eine lange Zeit ist, ist ein Jahr eine Ewigkeit. Russland hat Bildung, Gesundheit und Afrika auf die Agenda des G8-Gipfels im Juli in St. Petersburg gesetzt, aber alles sieht danach aus, als ob es der Wunsch von vielen G8-Ländern wäre zu den eher zurückhaltenden und bescheideneren G8-Treffen zurückzukehren, die hauptsächlich auf die globale Wirtschaft konzentriert waren. Eine weit verbreitete Sorge ist, dass die deutsche Regierung Entwicklung und weltweite Armut nicht sehr hoch auf ihre Agenda für den G8-Gipfel im nächsten Jahr setzen könnte.

Doch Oxfam, die Weltweite Aktion gegen Armut und Aktivisten auf der ganzen Welt werden dies nicht zulassen. So wie die Staats- und Regierungschefs der Entwicklungsländer mit ihren ehrgeizigen Bemühungen fortfahren, Armut und Unsicherheit zu beenden, ist es zwingend notwendig, dass dieses Engagement von den G8 erwidert wird. Die Staats- und Regierungschefs der G8 werden die Versprechen, die sie den Ärmsten der Welt in Gleneagles und auf den vorhergehenden G8-Gipfeln gemacht haben, halten müssen und sie werden herausgefordert werden, darüber hinaus zu gehen. Dann gibt es kein Zurück mehr zum "weiter so". Letztes Jahr haben Millionen Menschen auf der ganzen Welt klar gemacht, dass sie nicht mehr bereit sind, Armut oder Politiker, die Armut fort dauern lassen, zu akzeptieren.

Die Weltweite Aktion gegen Armut hat sowohl in Russland als auch in Deutschland und Japan, die den G8-Vorsitz 2007 und 2008 innehaben werden, Allianzen geschmiedet. In diesen Ländern werden Millionen von Aktivisten mobilisiert werden um darauf zu drängen, dass ihre Regierungen den Kampf gegen die Armut ganz oben auf ihre Agenda setzen. Außerdem arbeiten sie mit Aktivisten in anderen G8-Ländern sowie in Asien, Lateinamerika und Afrika zusammen, um weiterhin Druck auf alle acht Staats- und Regierungschefs auszuüben, damit diese ihre Versprechen Armut zu beenden, wahr machen.

Für die Armen dieser Welt werden die nächsten sechs Monate entscheidend sein. Dieses Wochenende liegt der Druck auf den G8-Finanzministern in Moskau und nächsten Monat auf den Staats- und Regierungschefs in St. Petersburg, damit sie ihre Versprechen einhalten, die Entwicklungshilfe für Bildung und Gesundheit um die erforderlichen Milliarden Dollar zu erhöhen und die Regeln zu ändern, damit die künstliche Aufblähung der Entwicklungshilfeleistungen beendet wird. Sowohl auf der UN Konferenz zu Klein- und Leichtwaffen im Juni als auch beim Ersten Ausschuss der UN-Generalversammlung im Oktober muss die Chance genutzt werden, Maßnahmen zur verschärften Kontrolle des Waffenhandels einzuleiten. Und die reichen Länder müssen ihre Eigeninteressen hintanstellen und 2006 ein Handelsabkommen beschließen, das wirklich die Interessen der Ärmsten an erste Stelle rückt. Schließlich dürfen sie nicht zulassen, dass engstirniges Streben nach eigener Energiesicherheit das dringende Bedürfnis der Welt verdeckt, den Klimawandel aufzuhalten und umzukehren sowie armen Ländern dabei zu helfen, sich an die Veränderungen anzupassen, denen sie bereits unterworfen sind. Die Welt sieht zu, und sie wird ihren Blick nicht abwenden.

Anhang 1: Gesamte Hilfeleistungen 2004/2005 unter Berücksichtigung der Schuldenerlasse für Irak und Nigeria

Alle Zahlen sind in Mio. US\$.²³

	ODA 2004	ODA 2005 ²⁴	Iraks Schuldenerlass ²⁵	Nigerias Schuldenerlass ²⁶	Nigerias Einsparung aus Schuldenerlass ²⁷	Abzüge insgesamt	ODA 2005 minus Abzüge	Veränderg. 2004-2005 in % nach Abzügen	% des BNE 2005 nach Abzügen
Kanada	2599	3387	321	0	0	321	3066	18%	0.31
Frankreich	8473	9925	613	1226	230	1610	8315	-2%	0.38
Deutschland	7534	9847	1990	1142	213	2919	6928	-8%	0.24
Italien	2462	4921	906	516	98	1324	3597	46%	0.21
Japan	8922	13486	3316	0	0	3316	10170	14%	0.21
UK	7883	10627	1209	2071	388	2892	7735	-2% ²⁸	0.33
USA	19705	26726	3810	0	0	3810	22916	16%	0.19
Gesamt	57578	78919	12164	4956	929	16192	62727	9%	0.27

Ähnliche Ergebnisse bezüglich der Gesamtauswirkungen der Schuldenerlasse auf ODA-Zahlen sind vom OECD DAC errechnet worden:
<http://www.oecd.org/dataoecd/34/24/36418634.pdf>

Anmerkungen

¹ Die Zahl von \$10 Mrd. findet sich in Doney, M. and Wroe, M. (2006) Keeping our promises: Delivering education for all. London: HM Treasury and DFID.

² Commission for Macroeconomics and Health, final report 2001: <http://www.cid.harvard.edu/cidcmh/CMHReport.pdf>

³ IMF 'Use of MDRI Resources' personal communication, May 2006.

⁴ Aufgrund dieser Überlegungen haben die Botschafter der Afrikanischen Union erklärt, dass die "(Schulden)Erlasse keinen Vorwand darstellen sollen, um Afrika zu trennen, sondern vielmehr um seine Einheit zu festigen." Sie haben die afrikanischen Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgerufen, sich weiterhin für Schuldenerlasse einzusetzen, welche die gesamten Auslandsschulden und alle betroffenen Länder ihres Kontinents abdecken.

⁵ In den letzten Monaten war dies außerdem ein Grund für Spannungen zwischen Repräsentanten der G8 und den afrikanischen Regierungen, die als Teil des G8-Afrika-Partnerschaftsforums, welches 2002 zur Überwachung der Umsetzung des Afrika-Aktionsplans eingesetzt wurde, zusammenarbeiten. Auf ihrem Treffen in Moskau in diesem Oktober wird dies ein Thema sein.

⁶ Darüber hinaus musste Nigeria, um den Schuldenerlass sicherzustellen, einwilligen, \$12,4 Mrd. seiner Schulden innerhalb von 6 Monaten, zwischen Januar und Juni 2006, an die Kreditgeber zurückzahlen. Das bedeutete, dass zum Beispiel Großbritannien von Nigeria mehr erhalten hat, als es 2006 an das ganze Afrika südlich der Sahara ausgezahlt hat.

⁷ Diese Darstellung basiert auf folgenden Zahlen:

Jahr	2004	2005	2006	2007
G8-Hilfe ohne Schuldenerlasse	57,578	62,727	67,745	73,165
Schuldenerlasse	0	16,192	18,321	0
Gesamtsumme	57,578	78,919	86,066	73,165

Der Wert der Schuldenerlasse 2006 ist ein Schätzwert, der auf den Angaben des Paris Club über die individuellen Abkommen für den Irak und Nigeria basiert und der 2006 noch den Restbetrag von Nigerias Schuldenerlass sowie weitere 30% von Iraks Schuldenerlass (dies wird tatsächlich sogar etwas weniger als 30% sein, da die USA beide Tranchen schon 2005 gezahlt haben) umfassen wird. Die restlichen 20% des Irak-Abkommens werden schließlich erlassen, wenn der Irak drei Jahre seines IWF Programms umgesetzt hat.

⁸ Die Zahlenangaben sind auf die Preise 2004 in Dollar bezogen, um einen Vergleich zu ermöglichen.

⁹ Der Gesamtabzug wurde errechnet, indem man Iraks und Nigerias Schuldenerlasse abzieht und danach die Einsparungen aus Nigerias Schuldenerlass wieder dazu addiert. Letztere wurde auf etwa \$1 Mrd. jährlich geschätzt. Der Abzug beinhaltet nicht andere Schuldenerlasse wie jener unter dem multilateralen G8-Schuldenerlassabkommen. Ziel dieser Tabelle ist es, den Einfluss der zwei einzigartigen Abkommen mit Nigeria und dem Irak und die daraus resultierende Verzerrung der Zahlen zu zeigen. OECD/DAC⁹ haben ähnliche Zahlen errechnet, diese aber durch den Abzug aller Schuldenerlasse aus den Jahren 2004 und 2005 kalkuliert. Siehe: <http://www.oecd.org/dataoecd/34/24/36418634.pdf>

¹⁰ Das Weiße Band war das weltweite Symbol für die Weltweite Aktion gegen Armut (GCAP).

¹¹ Aufruf zur Kürzung der Entwicklungshilfe "gefährdet Koizumis Versprechen" <http://news.ft.com/cms/s/42cdf8a4-eab3-11da-9566-0000779e2340.html>

¹² Diese Zahl beinhaltet nicht das kürzliche Willkommenszusage von Russland über \$ 70 Mio., da zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Textes noch nicht geklärt ist, über genau welchen Zeitraum und in welcher Form dieses Geld bereitgestellt werden soll.

¹³ Während des Sondergipfels der Afrikanischen Union im Mai 2006 haben die afrikanischen Regierungen sich auf höchster Ebene dazu verpflichtet, die Verbreitung von HIV unter

Jugendlichen um 25% zu reduzieren, für 80% der schwangeren Frauen den Zugang zu Präventivmaßnahmen gegen HIV-Mutter-Kind-Uebertragungen sicherzustellen und für 80% der HIV-Patienten den Zugang zu Behandlungen zu gewährleisten. Die 53 Präsidenten forderten eine Verdoppelung des afrikanischen Gesundheitspersonals von 2,5% der weltweiten Zahl auf mindestens 5%. Oxfam unterstützt diese Forderung. Afrika und die G8-Länder müssen die Ausgaben für Gesundheit mindestens auf durchschnittlich \$ 34 pro Kopf aufstocken. (Quelle: African Union Special Summit: Common Position on HIV/Aids, Tuberculosis and Malaria, Abuja, Nigeria, 2.-4.Mai 2006.)

¹⁴ European Network on Debt and Development (EURODAD), noch nicht veröffentlicht. Die Studie untersucht Kredite von Weltbank und IWF an 25 arme Länder und ermittelt Tendenzen in der Zahl und Art der Konditionen über die letzten Jahre.

¹⁵ 'Mortality in the DRC: A Nationwide Survey' IRC Article in the Lancet, January 7, 2006.

¹⁶ Oxfam International, 'Meeting real needs', Briefing Note, 13 February 2006, p 10.

¹⁷ Die Zahlen finden sich in: UN OCHA: <http://ochaonline.un.org/index.asp>

¹⁸ Oxfam GB, 'Community-Based Monitoring Initiative' (2005), Executive Summary, Antworten zu den Fragen 4, 6 und 10.

¹⁹ Center on International Cooperation, New York University (2006), 'Annual Review of Global Peace Operations', Boulder: Lynne Rienner, Table 5.24, p 146.

²⁰ Allerdings, auch wenn der Bedeutung ihrer Abschaffung zugestimmt werden muss, werden doch 2013 die meisten Exportförderungen aufgrund der laufenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ausgelaufen sein. Außerdem stellen Exportförderungen nur einen relativ geringen Teil der Landwirtschaftsunterstützung in der Europäischen Union dar (die mit einem Volumen von jährlich €2.5 Mrd. bei weitem der größte Nutzer derartiger Förderungen ist) – sie betragen gerade einmal 3,6 % der gesamten EU Agrarzahungen.

²¹ Tony Blair letter to Stop Climate Chaos, 28 February 2006.

²² Quellen: G8 Gleneagles Declaration and Plan of Action: Climate Change, Clean Energy and Sustainable Development.

²³ Alle Zahlen von OECD/DAC.

²⁴ zu Preisen von 2004.

²⁵ zu Preisen von 2004.

²⁶ zu Preisen von 2004.

²⁷ Der Nutzen basiert auf einer Einsparung von etwa \$1 Mrd. jährlich für Nigeria, aufgeteilt zwischen den beteiligten G8-Kreditgebern.

²⁸ Alle Zahlenangaben von UK sind beeinflusst durch Anleihen und Rückzahlungen, welche die der "Commonwealth Development Corporation"(CDC) 2004 und 2005 betreffen. 2004 machte die CDC einen Verlust von £ 210 Mio., 2005 erwirtschaftete sie einen Gewinn von £ 196 Mio. Berücksichtigt man dies, so stieg die gesamte Entwicklungshilfe von UK in 2005 um 7% an.

© Oxfam International Juni 2006

Dieses Dokument wurde von Max Lawson, Liz Stuart, Ed Cairns und John Magrath verfasst. Wir danken Adrian Lovett, Sarah Kline, Mark Fried, Romilly Greenhill, Duncan Green, Jamie Balfour-Paul, Simon Gray, Nicolas Guilard, Alison Woodhead und Nicky Wimble für ihre Kommentare. Es ist Teil einer Reihe von Veröffentlichungen, die die Öffentlichkeit über entwicklungspolitische und humanitäre Themen informieren.

Der Text kann für Kampagnen-, Bildungs- und Forschungszwecke unentgeltlich genutzt werden, sofern die vollständige Quelle angegeben wird. Der Inhaber des Urheberrechts bittet darum, dass ihm sämtliche derartige Nutzungen für Zwecke der Auswertung gemeldet werden. Für die Vervielfältigung unter sonstigen Umständen oder für die Wiederverwendung in anderen Veröffentlichungen oder für die Übersetzung oder Bearbeitung ist unsere vorherige Zustimmung erforderlich, und es können Gebühren anfallen. Senden Sie eine E-Mail an: publish@oxfam.org.uk.

Für weitere Informationen über die in diesem Papier behandelten Themen, senden Sie bitte eine E-Mail an: advocacy@oxfaminternational.org.

Oxfam International ist ein Verbund von zwölf unabhängigen Hilfs- und Entwicklungsorganisationen, die in mehr als 100 Ländern zur Überwindung von Armut und Ungerechtigkeit zusammenarbeiten. Zu Oxfam International gehören: Oxfam Amerika, Oxfam Australien, Oxfam Belgien, Oxfam Kanada, Oxfam Deutschland, Oxfam Großbritannien, Oxfam Hongkong, Intermón Oxfam (Spanien), Oxfam Irland, Oxfam Neuseeland, Oxfam Novib (Niederlande), und Oxfam Québec. Weitere Informationen erhalten Sie unter folgenden Adressen oder unter: www.oxfam.org.

<p>Oxfam Amerika 26 West St., Boston, MA 02111-1206, USA Tel: +1.617.482.1211 E-mail: info@oxfamamerica.org www.oxfamamerica.org</p>	<p>Oxfam Hongkong 17/fl., China United Centre, 28 Marble Road, North Point, Hongkong Tel: +852.2520.2525 E-mail: info@oxfam.org.hk www.oxfam.org.hk</p>
<p>Oxfam Australien 156 George St., Fitzroy, Victoria 3065, Australien Tel: +61.3.9289.9444 E-mail: enquire@oxfam.org.au www.oxfam.org.au</p>	<p>Intermón Oxfam (Spanien) Roger de Llúria 15, 08010, Barcelona, Spanien Tel: +34.902.330.331 E-mail: info@intermonoxfam.org www.intermonoxfam.org</p>
<p>Oxfam Belgien Rue des Quatre Vents 60, 1080 Brussels, Belgien Tel: +32.2.501.6700 E-mail: oxfamsol@oxfamsol.be www.oxfamsol.be</p>	<p>Oxfam Irland Dublin Office, 9 Burgh Quay, Dublin 2, Irland Tel: +353.1.672.7662 Belfast Office, 115 North St, Belfast BT1 1ND, UK Tel: +44.28.9023.0220 E-mail: communications@oxfam.ie www.oxfamireland.org</p>
<p>Oxfam Kanada 250 City Centre Ave, Suite 400, Ottawa, Ontario, K1R 6K7, Kanada Tel: +1.613.237.5236 E-mail: info@oxfam.ca www.oxfam.ca</p>	<p>Oxfam Neuseeland PO Box 68357, Auckland 1032, Neuseeland Tel: +64.9.355.6500 (Toll-free 0800 400 666) E-mail: oxfam@oxfam.org.nz www.oxfam.org.nz</p>
<p>Oxfam Deutschland Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin, Deutschland Tel: +49.30.428.50621 E-mail: info@oxfam.de www.oxfam.de</p>	<p>Oxfam Novib (Niederlande) Mauritskade 9, Postbus 30919, 2500 GX, Den Haag, Niederlande Tel: +31.70.342.1621 E-mail: info@oxfamnovib.nl www.oxfamnovib.nl</p>
<p>Oxfam Großbritannien Oxfam House, John Smith Drive, Cowley, Oxford, OX4 2JY, UK Tel: +44.(0)1865.473727 E-mail: enquiries@oxfam.org.uk www.oxfam.org.uk</p>	<p>Oxfam Québec 2330 rue Notre Dame Ouest, bureau 200, Montréal, Quebec, H3J 2Y2, Kanada Tel: +1.514.937.1614 E-mail: info@oxfam.qc.ca www.oxfam.qc.ca</p>

Oxfam International (Sekretariat): Suite 20, 266 Banbury Road, Oxford, OX2 7DL, UK
Tel: +44.(0)1865.339100. E-mail: information@oxfaminternational.org. Web site: www.oxfam.org

Oxfam International Advocacy-Büros:

Washington: 1100 15th St. NW, Suite. 600, Washington, DC 20005, USA

Tel: +1.202.496.1545. E-mail: advocacy@oxfaminternational.org

Brüssel: 22 rue de Commerce, 1000 Brüssel, Belgien

Tel: +322.502.0391. E-mail: advocacy@oxfaminternational.org

Genf: 15 rue des Savoises, 1205 Geneva, Schweiz

Tel: +41.22.321.2371. E-mail: advocacy@oxfaminternational.org

New York: 355 Lexington Avenue, 3rd Floor, New York, NY 10017, USA

Tel: +1.212.687.2091. E-mail: advocacy@oxfaminternational.org

mit Oxfam verbundene Organisationen

Die folgenden Organisationen sind mit Oxfam International verbunden:

Oxfam Japan Maruko bldg. 2F, 1-20-6, Higashi-Ueno, Taito-ku, Tokyo 110-0015, Japan

Tel: + 81.3.3834.1556. E-mail: info@oxfam.jp Web site: www.oxfam.jp

Oxfam Indien B55, First Floor, Shivalik, New Delhi, 1100-17, Indien

Tel: + 91.11.26693 763. E-mail: info@oxfamint.org.in Web site: www.oxfamint.org.in

Beobachtende Mitglieder von Oxfam international:

Die folgenden Organisationen sind gegenwärtig Beobachtende Mitglieder von Oxfam International. Ihr Ziel ist die volle Mitgliedschaft:

Agir ici (France) 104 Rue Oberkampf, 75011 Paris, Frankreich

Tel: + 33.1.56.98.24.40. E-mail: agirici@agirici.org Web site: www.agirici.org

Fundación Rostros y Voces (México) Alabama No. 105 (esquina con Missouri), Col. Nápoles, C.P. 03810

Mexiko, D.F.

Tel/Fax: + 52.55.687.3002. E-mail: correos@rostrosyvoces.org Web site: www.rostrosyvoces.org

Published by Oxfam International June 2006

Published by Oxfam GB for Oxfam International under ISBN 978-1-84814-690-7